

Berlin, 17. August 2021

Pressemitteilung

Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage des Instituts für Freie Berufe (IFB) unter rund 1.300 selbstständigen Freiberuflern zu den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie in den Freien Berufen, ihren Erwartungen für dieses Jahr und erforderlichen Wachstumsimpulsen.

- Mehr Wertschätzung der Freiberuflichkeit gefordert
- Bei jedem vierten Freiberufler ist die Lage aktuell besser als 2020, bei jedem Fünften schlechter
- Fachkräftemangel spürbar

Prof. Dr. Wolfgang Ewer: „Leichte Entspannung, Zweifel bleiben“

„Im Vergleich zu den vorangegangenen Umfragen zur Corona-Krise sind die befragten Freiberufler zuversichtlicher, bleiben aber zurückhaltend. Mit Blick auf eine mögliche Verschärfung der Situation im Herbst ist jeder Zweite der befragten Freiberufler verunsichert und entsprechend skeptisch“, so BFB-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Ewer zu den Ergebnissen.

Und sagt weiter: „Diese insgesamt leichte Entspannung kann zum einen auf die bisherigen Lockerungen zurückgeführt werden. Zum anderen haben sich viele Freiberufler, die naturgemäß innovativ sind, auf die veränderte Situation eingestellt und auch ihre Angebote angepasst.“

Auch diese Umfrage zeichnet ein unverändert differenziertes Bild. Während Teile der Freien Berufe weiterhin enorm gefordert sind, sind andere von den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie stark betroffen. Das gilt besonders für die freien Kulturberufe, solo-selbstständige Freiberufler, kleine Freiberufler-Einheiten mit bis zu fünf Mitarbeitern und ganz junge Unternehmen. Hier ist die Politik besonders gefragt, bei den Hilfen nachzusteuern, sollte das erforderlich werden. Mit der verlängerten und verbesserten Neustarthilfe etwa hat die Bundesregierung bereits wichtige Impulse gegeben. Demgegenüber bleibt die Arbeitsauslastung besonders bei den freien Heilberufen und den beratenden Freiberuflern ausgesprochen hoch. Das zeigt einmal mehr, wie elementar sie sind, um die Krise einzudämmen und den Weg aus der Krise heraus zu gestalten. Die Freien Berufe sind für die Gesellschaft, die Daseinsvorsorge und das Gemeinwohl unverzichtbar. So halten die technischen Freiberufler die Infrastruktur am Laufen und bereichern die freien Kulturberufe unser Leben.

Dem gilt es Rechnung zu tragen: Gefragt nach den drängendsten Themen, die die Politik angehen sollte, sagen 74 Prozent der Befragten und damit mit Abstand die meisten, dass sie sich mehr Wertschätzung der Freiberuflichkeit wünschen. Rund jeder Zweite meint, dass Selbstständigkeit besser gefördert werden muss. 48,2 Prozent mahnen mehr Planbarkeit und Verlässlichkeit der Gesetzgebung an. 47,7 Prozent verlangen wirksame Konzepte zur Fachkräftesicherung. Für 43,2 Prozent müssen öffentliche Verwaltungsprozesse beschleunigt und weiter digitalisiert werden.“

Die Ergebnisse im Einzelnen:

Aktuelle wirtschaftliche Lage

Verglichen mit 2020 schätzen 25,2 Prozent der befragten Freiberufler ihre derzeitige wirtschaftliche Lage besser ein, für 46,6 Prozent bleibt sie gleich, bei 20,6 Prozent fällt sie schlechter aus. 7,6 Prozent stellen keinerlei pandemiebedingte Veränderungen fest. Besonders zurückhaltend bleiben bei ihrer

Beurteilung die freien Kulturberufe, Solo-Selbstständige und kleine Freiberufler-Einheiten mit bis zu fünf Mitarbeitern.

Im laufenden Jahr wurden 31,3 Prozent von den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie gar nicht getroffen, 44,3 Prozent kaum, 19,5 Prozent stark und 4,9 Prozent sehr stark. Damit hatte die Pandemie bei rund drei Viertel der Befragten keine oder nur geringe wirtschaftliche Auswirkungen. Im Vorjahr war dies dagegen bei weniger als zwei Drittel der Fall. Die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie waren also in der ersten Jahreshälfte 2021 weniger stark als noch 2020.

Auftragsrückgang

Im Verlauf dieses Jahres verzeichneten 2,4 Prozent der Befragten einen Auftragsrückgang von mehr als 75 Prozent. Bei 5,3 Prozent liegt er bei über 50 bis 75 Prozent, bei 12,6 Prozent bei über 25 bis 50 Prozent, bei 25,6 Prozent bei über fünf bis 25 Prozent, bei 54,1 Prozent bei bis zu fünf Prozent. Verglichen mit den Werten für das Corona-Jahr 2020 hat sich die Auftragslage ein Stück weit verbessert. Für 2020 verzeichneten noch 11,1 Prozent der Befragten Auftragsrückgänge von 50 oder mehr Prozent und 44,5 Prozent berichteten Auftragseinbrüche von höchstens fünf Prozent. Vor allem Freiberufler in kulturellen Berufen sehen sich 2021 mit Auftragseinbrüchen konfrontiert. Auch Solo-Selbstständige und ganz junge Unternehmen sind besonders betroffen.

Stellenabbau

Im Verlauf dieses Jahres waren acht Prozent der befragten Freiberufler gezwungen, Stellen abzubauen, weitere mindestens 130.000 Stellen sind im nächsten halben Jahr bedroht.

Arbeitsauslastung

Gefragt danach, wie sich ihre Arbeitsauslastung durch die Pandemie verändert hat, geben 24 Prozent an, dass sie gesunken ist, bei 30,1 Prozent gab es keine Veränderung. Bei 8,9 Prozent gab es eine Steigerung um bis zu fünf Prozent, bei 21,5 Prozent um über fünf bis 25 Prozent, bei neun Prozent um über 25 bis 50 Prozent, bei 4,7 Prozent um über 50 bis 75 Prozent und bei 1,8 Prozent um über 75 Prozent. Besonders bei den freien Heilberufen und den beratenden Freiberuflern hat die Arbeitsauslastung zugenommen.

55,1 Prozent derjenigen, deren Arbeitsauslastung zunahm, begründen dies mit dem im Zuge der Krise entstandenen zusätzlichen bürokratischen Aufwand. 51,7 Prozent führen das darüber hinaus auf den gestiegenen Beratungsbedarf der Patienten, Mandanten, Klienten und Kunden zurück. 28,9 Prozent sagen, es sei die fehlende Planungssicherheit aufgrund häufig wechselnder Vorgaben der Regierung. 21,6 Prozent gaben an, zu wenig Mitarbeiter zu haben.

Perspektive

82,5 Prozent der Befragten, bei denen die Arbeitsauslastung gestiegen ist, rechnen bis zum Jahresende nicht mit einem Rückgang, 17,5 Prozent schon. Diejenigen, die keinen Rückgang annehmen, gehen hauptsächlich davon aus, dass die Folgen der Pandemie und die Maßnahmen, um ihr zu begegnen, sie weiterhin fordern werden. Das sagen 47,7 Prozent. 39,4 Prozent erwarten unabhängig von Corona eine unverändert hohe oder sogar zunehmende Nachfrage.

Hemmnisse für einen wirtschaftlichen Aufschwung nach der Pandemie

50 Prozent sind verunsichert aufgrund möglicher Corona-Maßnahmen im kommenden Herbst. 45,7 Prozent geben daneben an, dass das unzureichende Tempo der öffentlichen Verwaltung ein Hemmschuh ist. 44,7 Prozent machen den Fachkräftemangel als hinderlich aus. Eine restriktive Ausgabenpolitik der Patienten, Mandanten, Klienten und Kunden befürchten darüber hinaus 32,2 Prozent, einen Nachfragerückgang der Patienten, Mandanten, Klienten und Kunden 31,2 Prozent. Die

schleppende Digitalisierung kritisieren ebenfalls 31,2 Prozent, Materialengpässe 31,1 Prozent. 25,2 Prozent befürchten ferner zu geringe, teils auch verzögerte Investitionen durch die öffentliche Hand. 23,5 Prozent erwarten eine steigende Zahl an Insolvenzen der Auftraggeber und 20,2 Prozent eine nachlassende Zahlungsmoral.

Politische Handlungsfelder

Gefragt danach, welche Themen seitens der Politik am dringlichsten adressiert werden müssen, fordern 74 Prozent der Befragten eine höhere Wertschätzung der Freiberuflichkeit. Für 54,5 Prozent muss außerdem Selbstständigkeit besser gefördert werden. 48,2 Prozent mahnen daneben mehr Planbarkeit und Verlässlichkeit der Gesetzgebung an. 47,7 Prozent verlangen wirksame Konzepte zur Fachkräftesicherung. Für 43,2 Prozent müssen öffentliche Verwaltungsprozesse beschleunigt und weiter digitalisiert werden. 38,7 Prozent fordern den Ausbau der digitalen Infrastruktur und 31,4 Prozent, dass Investitionen in Digitalisierung und Datenschutz steuerlich besser berücksichtigt werden. Für 26,1 Prozent müssen die öffentlichen Investitionen erhöht werden. Für 20,3 Prozent muss darüber hinaus die Attraktivität der dualen Ausbildung gestärkt werden. 20,1 Prozent wünschen sich eine bessere Förderung von Neugründungen und Nachfolgen. 16,4 Prozent ist es wichtig, die Finanzierung sowie Kreditvergabe zu sichern.

Grafiken stehen [hier](#).

Über die Umfrage

Der BFB präsentiert die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage des Instituts für Freie Berufe (IFB) unter rund 1.300 selbstständigen Freiberuflern zu den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie in den Freien Berufen, ihren Erwartungen für dieses Jahr und erforderlichen Wachstumsimpulsen. Die Daten wurden zwischen Ende Juni und Mitte Juli 2021 erhoben und ausgewertet.

Der Bundesverband der Freien Berufe e. V. (BFB) vertritt als einziger Spitzenverband der freiberuflichen Kammern und Verbände die Interessen der Freien Berufe, darunter sowohl Selbstständige als auch Angestellte, in Deutschland. Allein die rund 1,45 Millionen selbstständigen Freiberufler steuern rund 336 Milliarden Euro und damit 10,9 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei. Sie beschäftigen über 4,3 Millionen Mitarbeiter – darunter ca. 127.000 Auszubildende. Die Bedeutung der Freien Berufe für Wirtschaft und Gesellschaft geht jedoch weit über ökonomische Aspekte hinaus: Die Gemeinwohlorientierung ist ein Alleinstellungsmerkmal der Freien Berufe.

verantwortlich:
Petra Kleining
Pressesprecherin
Reinhardtstr. 34
10117 Berlin

Mobil: 0177-4265861
Telefon: 030-284444-39
Telefax: 030-284444-78
petra.kleining@freie-berufe.de